

DANK AN KLAUS WOWEREIT:
„EIN SCHÖNES UND
AUFZEHRENDES AMT“ SEITE 3

OLYMPISCHE SPIELE: BERLIN
BEKUNDET SEIN INTERESSE SEITE 4

ANDRÉ LOSSIN: BRANDMAUER
GEGEN SOZIALE ARMUT SEITE 9

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.17 - 64. Jahrgang

6. September 2014



Sie kandidieren beim Mitgliedervotum für die Nachfolge von Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister: Stadtentwicklungssenator Michael Müller, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Fotos: SPD-Berlin, SPD-Fraktion

Wowereit-Nachfolge:

Die Mitglieder entscheiden

Mitgliedervotum: Jan Stöß, Michael Müller und Raed Saleh kandidieren

Knapp eine Woche nach der Rücktrittsankündigung von Klaus Wowereit hat der Landesvorstand der Berliner SPD am Montag das weitere Verfahren beschlossen.

Schon wenige Stunden nach der Pressekonferenz von Klaus Wowereit war der Landesvorstand der Berliner SPD in der vergangenen Woche zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Die Diskussion war vor allem vom Dank an Klaus Wowereit für die geleistete Arbeit bestimmt. Einstimmig sprach sich der Landesvorstand für ein ver-

bindliches Mitgliedervotum zur Bestimmung des Nachfolgers oder der Nachfolgerin aus. Ihre Kandidaturen erklärten in der Sitzung des Landesvorstands der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, am Freitag vergangener Woche kündigte Stadtentwicklungssenator Michael Müller an, sich dem Mitgliedervotum zu stellen. Alle drei wurden inzwischen vom Landesvorstand als Kandidaten bestätigt.

Die am Montag beschlossene Richtlinie für das Mitgliedervotum sieht vor, dass bis zum Beginn der Landesvorstandssitzung am 15. September noch Kandidaturen möglich sind, sie brauchen allerdings Unterstützung aus der Partei entweder durch Nominierung von drei Abteilungen oder eines Kreisvorstandes bzw. einer KDV. Um diese Unterstützung bemüht sich derzeit Dietmar Arnold aus Mitte.

Allen SPD-Mitgliedern, die am 19. September in der Mitgliederadressverwaltung erfasst sind, gehen die Briefwahlunterlagen zu, die neben dem Stimmzettel auch Informationen zum Verfahren und zu den Kandidaten enthalten. Die SPD setzt darauf, dass das Interesse am Mitgliedervotum auch zu vermehrten Eintritten führt. Im September und Oktober finden eine Reihe von Mitgliederforen statt, auch in einigen Kreisen sind zusätzliche Vorstellungsrunden geplant. Das erste Mitgliederforum ist

am 23. September ab 19 Uhr im Atrium des Willy-Brandt-Hauses, weitere Foren sollen am 1., 8. und 14. Oktober stattfinden (siehe Seite 15). Stichtag für den Posteingang der Abstimmungsunterlagen ist der 17. Oktober, 24 Uhr. Am 18. Oktober erfolgt die Auszählung der Stimmen im Kurt-Schumacher-Haus.

Sollte im 1. Wahlgang keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht haben, wird zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl durchgeführt. Dazu werden die Unterlagen ab 23. Oktober verschickt, die Stimmzettel zur Stichwahl müssen bis zum 5. November, 24 Uhr, eingetroffen sein, die Auszählung würde dann am 6. November erfolgen. Das Ergebnis ist verbindlich. Zwei Tage später tagt der Landesparteitag, am 11. Dezember

IN DIESER AUSGABE:

BERLINS VIELFÄLTIGE WIRTSCHAFT	S. 5
SPD LÄDT ZU STADTEILFESTEN	S. 8
FELGENTREU ZUR UKRAINE-KRISE	S. 11
EINLADUNG ZUR KRIMILESUNG	S. 16

kommt das Abgeordnetenhaus zu einer Sitzung zusammen, auf der die Wahl des Regierenden Bürgermeisters erfolgen soll. Ziele und Vorstellungen werden die Kandidaten auch in der Berliner Stimme und in der Oktober-Ausgabe des Vorwärts erläutern. **siehe auch Seite 3, 7 und 15**

„Steh auf!“

Die SPD ruft zur Teilnahme an der Kundgebung „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ des Zentralrats der Juden am 14. September um 15 Uhr am Brandenburger Tor auf.

Nachdem es in den vergangenen Wochen in vielen deutschen Städten antisemitische Hetzparolen, tätliche Angriffe und Bedrohungen sowie Anschläge auf Synagogen gegeben habe, seien jetzt alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, aufzustehen gegen Judenhass. „Die Angriffe auf die jüdische Gemeinschaft sind Angriffe auf die gesamte Gesellschaft“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. □

Waffenlieferung:

„Unauflösbares Dilemma“

Mechthild Rawert wirbt für vorsorgende Friedensstrategie

Die Abstimmung über Waffenlieferungen in den Nordirak während der Sondersitzung des Deutschen Bundestags am 01. September stellte alle Bundestagsabgeordneten vor ein unauflösbares Dilemma: Einerseits gilt der Grundsatz, auf präventive Friedensarbeit und Diplomatie zu setzen und keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, andererseits wollen wir dem Morden der IS nicht tatenlos zusehen.

Für unsere sorgfältige Abwägung haben wir die Expertise unserer SPD Berlin genutzt und Karl-Heinz Niedermeyer, Vorsitzender des Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung in die Landesgruppe Berlin eingeladen. Klar ist: Niemand macht sich diese Entscheidung leicht. Auch wenn wir MdB's unterschiedlich abstimmen, respektieren wir die Beweggründe der anderen.

Mit dem Drängen auf eine Debatte und Abstimmung im Deutschen Bundestag haben wir eine Forderung des Berliner SPD-Landesparteitages am 17. Mai erfüllt: Auch bei „friedens- und sicherheitspolitisch be-



Mechthild Rawert ist Sprecherin der Berliner Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

deutschen Interventionen wie der Neuaufnahme von deutschen Lieferungen von Rüstungsgütern an Länder, die sich in akuten oder potentiellen Konflikten befinden“ ist der Bundestag mit dem bisherigen Parlamentsvorbehalt bei Bundeswehreinräumen im Ausland zu beteiligen.

Im Augenblick sind wir alle Getriebene der Entwicklungen. Unser Ziel muss aber die Gestaltung einer präventiven und von Diplomatie getragenen Friedenspolitik sein. Daran gilt es intensiv zu arbeiten - als MdB's, als SPD insgesamt. Die Diskussion mit dem FA Internationales am 15. Oktober 2014 ist der nächste Schritt.

Mechthild Rawert □

Start in aufregenden Zeiten

Dennis Buchner ist neuer Landesgeschäftsführer der Berliner SPD

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat in seiner Sitzung am 1. September 2014 Dennis Buchner als neuen Landesgeschäftsführer der Berliner SPD bestätigt.

„Mit seiner ruhigen, strukturierten Art und seiner langjährigen Erfahrung im politischen Geschäft wird er den Landesverband der Berliner SPD nicht nur mit erfahrener Hand durch spannende Zeiten führen, sondern ihn auch für den Wahlkampf 2016 bestens aufstellen“, so Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.“

Dennis Buchner ist als Abteilungsleiter der NRWSPD und dortiger enger Mitarbeiter bei der Kampagne von Hannelore Kraft sowie als Büroleiter von Astrid Klug, ehemalige Bundesgeschäftsführerin der SPD, bestens vertraut mit der Leitung einer politischen Organisation. Als Abteilungsvorsitzender und Mitglied im Kreisvorstand arbeitet er seit 2004 für seinen Kiez Weißensee-City und Pankow. Als Abgeordneter vertritt er seinen Heimat-Wahlkreis seit 2011 und ist sportpolitischer Sprecher der SPD Abgeordnetenhaus-Fraktion. Der gebürtige Lübecker Buchner ist bekennender 1. FC Köln-Fan, was ihn nicht davon abhält auch Hertha und Union in sein Herz zu



Glückwünsche im Landesvorstand: Dennis Buchner.

Foto: Horb

schließen. In Weißensee engagiert er sich insbesondere für die Vereine Kino Toni und das Frei-Zeit-Haus Weißensee.

„Der Start in mein neues Amt könnte nicht besser gewählt sein. Vor den Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegen aufregende Zeiten, die wir gemeinsam, sachlich und mit Freude an der Diskussion führen werden. Die Landes-SPD war stets Garant für eine solide und gut funktionierende Regierung in Berlin. Dass wir Wahlkampf können haben wir 2013 und 2014 erfolgreich bewiesen. Für die Berliner Wahlen 2016 werden wir noch eine Schippe drauflegen“, so Buchner. PM □

Buchvorstellung:

Die SPD und die deutsche Einheit

Zu einer Buchpräsentation lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. September. Professor Dr. Jürgen Kocka wird das Buch „Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90“ von Dr. Hans-Jochen Vogel, Dr. Erhard Eppler und Dr. Wolfgang Thierse vorstellen.

Die drei Autoren einen Rückblick auf die Jahre 1989/90 unternehmen, um die Rolle der Sozialdemokratie zu beleuchten. Im Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel sprechen sie über ein wichtiges Stück deutscher und sozialdemokratischer Geschichte. Moderiert wird die Diskussion vom Feuilleton-Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Dr. Jens Bisky.

Erhard Eppler war von 1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Unter seiner Leitung entstand 1987 ein vieldiskutiertes gemeinsames „Streitkulturpapier“ von ostdeutscher SED und westdeutscher SPD. Wolfgang Thierse war von 1998 bis 2005 Präsident und bis 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Im Juni 1990 wurde er zum Vorsitzenden der SPD in der DDR gewählt, war danach 15 Jahre stellvertretender SPD-Vorsitzender und von 1992 bis 2010 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Hans-Jochen Vogel war Oberbürgermeister von München, Bundesminister für Bauwesen, Raumordnung und Städtebau sowie Bundesminister der Justiz und Regierender Bürgermeister von Berlin. Von 1983 bis 1991 amtierte er als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und war auch Vorsitzender der SPD. PM □

➡ 17. September 2014, 20 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Haus 1, Konferenzsaal 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin-Tiergarten. Anmeldungen bitte per E-Mail an das Archiv der sozialen Demokratie, Eva Váry, E-Mailadresse: Public.History@fes.de, Telefon: 0228 883 -8014

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Rücktritt:

„Ein schönes und aufzehrendes Amt“

Berliner SPD dankt Klaus Wowereit für mehr als 13 Jahre harte und erfolgreiche Arbeit

Von einer Zäsur wurde in der Sondersitzung des SPD-Landesvorstands am Dienstag vergangener Woche gesprochen. Wenige Stunden zuvor hatte Klaus Wowereit seinen Rücktritt als Regierender Bürgermeister zum 11. Dezember angekündigt. Vor allem der Dank für die in mehr als 13 Jahren geleistete Arbeit bestimmte die Diskussion.

Erst am Dienstagmorgen hatte Klaus Wowereit die Entscheidung dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, dem Landesvorsitzenden Jan Stöß, dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und dem Koalitionspartner mitgeteilt, „Ich habe für mich diese Entscheidung getroffen“, sagte Wowereit auf der Pressekonferenz gegen Mittag. Dass ihn die Entscheidung bewegte, nach 40 Jahren in der Politik, davon rund 30 Jahren hauptamtlich, und nach gut 13 1/2 Jahren als Regierender Bürgermeister, konnte er nicht verbergen. Ermutigt habe ihn immer wieder die Sympathie der Bürgerinnen und Bürger, sagte er.

„BEITRAG ZUR POSITIVEN ENTWICKLUNG DER STADT“

Er sei mit vollem Engagement dabei gewesen und bleibe dies auch bis zum Ende seiner Amtszeit. Ihm sei immer klar gewesen, dass politische Ämter auf Zeit vergeben werden. Er gehe freiwillig, sagte er, und sei „stolz darauf, einen Beitrag zur positiven Entwicklung“ der Stadt geleistet zu haben. Aus der geteilten Stadt sei eine internationale Metropole geworden. Der Prozess der Vereinigung der Stadt sei gelungen. „Die besondere Ausstrahlung der Stadt gilt es weiter voranzutragen.“ Das Amt des Regierenden Bürgermeisters bezeichnete Wowereit als „eine der größten Herausforderungen in der deutschen Politik“. Es sei ein schönes und aufzehrendes Amt.

Auf der Sondersitzung des Landesvorstands am Nachmittag erinnerten viele Weggefährten an den Beginn der Amtszeit von Klaus Wowereit im Juni 2001. Die Stadt war von der Bankenkrise geprägt, die Zahlungsunfähigkeit drohte. Berlin, so heißt es in einem einstimmig verabschiedeten Beschluss, habe sich seither „zur weltweit bewunderten wachsenden Metropole entwickelt und gleichzeitig große Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung erzielt“. Das Wirtschaftswachstum der Stadt fällt mittlerweile wesentlich stärker aus als in anderen Bundesländern, die Attraktivität der Stadt zeigt sich nicht zuletzt in den zahlreichen Zuzügen.



Klaus Wowereit auf dem Sommerempfang der Berliner SPD in der vergangenen Woche. Foto: Horb

Jan Stöß, Raed Saleh und viele andere dankten Klaus Wowereit auch sehr persönlich für das, was er für die Stadt geleistet hat, aber auch für die SPD: Dreimal gewann er Wahlen für seine Partei.

DEN MENTALITÄTSWECHSEL ANGEMAHNT

Tatsächlich war die Amtsübernahme durch Klaus Wowereit 2001 wie eine Befreiung für die Stadt. Stillstand und Behäbigkeit kennzeichneten die Amtszeit seines Vorgängers Diepgen, der Bankenskandal führte zum Bruch der Großen Koalition.

Klaus Wowereit gewann die Wahlen nicht mit Versprechungen, sondern mit einer Forderung an die Stadt: Es müsse einen Mentalitätswechsel geben. Er versprach Unbequemlichkeit und Einschränkung – und bekam dafür Rückhalt. Mit der rot-roten Koalition führte er die beiden Stadthälften zueinander. Zugleich wurde die Ausgangsbasis für den Erneuerungsprozess in der Stadt geschaffen.

Es war die Person Klaus Wowereits, die den Blick auf die Stadt lenkte, auf die Möglichkeiten, die sich hier boten, auf das Klima von Neugier, Toleranz, Offenheit und Kreativität. Klaus Wowereit zeigte sich als begnadeter Kommunikator, der Menschen zusammenführte und Ideen zum Durchbruch verhalf. Und mit seiner Anwesenheit auf Veranstaltungen und Empfängen machte er die Vielfältigkeit dieser Stadt sichtbar. Diese Arbeit, die ihm zudem erkennbar Freude machte, nutzte Berlin

mehr als millionenschwere Tourismuswerbung. Anerkannt wurde sie von all denen, die die Wirkung wahrnahmen. Ein Regierender Bürgermeister, der Opernbesuche oder Ausstellungen nicht als lästige Pflicht wahrnahm, der um den Wert auch der Freien Szene wusste, war neu. Und gleichzeitig konnte er mit dem DGB und Unternehmern zusammen eine Initiative für den Industriestandort Berlin starten.

BERLINS SCHWIERIGE AUSGANGSLAGE

Er machte damit sogar Berlins Ausgangslage vergessen. Eine Stadt, die zur Wende im Westen als „verlängerte Werkbank“ der in Westdeutschland ansässigen oder dorthin abgewanderten Unternehmen galt, deren Industrie im Ostteil sich als nicht konkurrenzfähig erwies. Zehn Jahre Diepgen-Regierung hatten die Stadt noch keinen Schritt vorangebracht. Dass Berlins hohe Verschuldung durch die Folgen der Teilung und den übereilten Abbau der Berlinhilfen entstand, erinnern heute nur noch die wenigsten. In Klaus Wowereits Amtszeit ist es erstmals gelungen, Schulden wieder abzubauen. Die Stadt ist nicht mehr auf dem letzten Platz der Arbeitslosigkeit beim Vergleich der Bundesländer, die wirtschaftliche Dynamik übertrifft sogar die der südlichen Bundesländer. 2001 hätte kaum jemand in der Stadt eine solche Entwicklung für möglich gehalten.

Erfolge, die von den Problemen am BER überschattet wurden. Eine „der größten Niederlagen seiner politischen Karriere“ nannte Wowereit die nicht zeitgerechte Eröffnung des Hauptstadtflyhufens auf seiner Pressekonferenz. „Dies ist eine herbe Niederlage gewesen und das ist sie bis heute.“ Er wünsche dem Projekt eine baldige Fertigstellung und faire Betrachtung in der Öffentlichkeit. Den Aufsichtsratsvorsitz legt er zugleich mit dem Amt des Regierenden Bürgermeisters nieder, am 12. Dezember, einen Tag nach der voraussichtlichen Wahl eines Nachfolgers, tagt das Gremium und wird dann möglicherweise den Eröffnungstermin beschließen.

Eine faire Betrachtung seiner Amtszeit, wird es wohl erst mit einigem zeitlichen Abstand geben. Bis zum 11. Dezember stehen allerdings weitere Entscheidungen auf der Tagesordnung. Entscheidungskraft und Durchsetzungsfähigkeit wünschte Klaus Wowereit auf dem SPD-Sommerempfang auch allen Nachfolgerinnen oder Nachfolgern.

U. Horb □

Sport:

Olympia: Berlin bekundet Interesse

Senat reicht Unterlagen ein - Entscheidung liegt bei den Bürgerinnen und Bürgern

Der Berliner Senat hat am vergangenen Sonntag offiziell sein Interesse an einer Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 oder 2028 bekundet. Ein entsprechendes Schreiben ging an den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der den Städten Hamburg und Berlin Fragen zu einer möglichen Bewerbung vorgelegt hatte.

Klaus Wowereit sieht Berlin gut gerüstet für eine Ausrichtung der Spiele. Die Ausrichtung der Leichtathletik-Weltmeisterschaft oder der Schwimm-Europameisterschaft hätten gezeigt: „Berlin kann Olympia“, sagte Wowereit am Montag. Die Hälfte der benötigten 30 Sportanlagen ist in der Stadt bereits vorhanden, darunter das Olympiastadion mit dem Olympiapark, das



Berlin hat bereits eine gute Ausstattung an Sportstätten. Foto: Horb

Sportforum Hohenschönhausen, die Max-Schmeling-Halle und die O2-World. Neun Sportanlagen würden temporär errichtet, sechs weitere kämen anschließend dem Breitensport zugute. Das Olympische Dorf soll nach den Spielen den Wohnungsmarkt entlasten: 5000 bezahlbare Wohnungen könnten so entstehen.

Olympische Spiele sind nach Ansicht Wowereits eine „riesige Chance“, mit ihrer „Magie und Strahlkraft“ könnten neue Energien freigesetzt werden. Berlin wolle demokratische, offene und transparente Spiele, so der Regierende Bürgermeister. Die Entscheidung liege bei den Bürgerinnen und Bürgern. Hier will er Überzeugungsar-

beit leisten. Es sei angesichts der teilweisen Skepsis allerdings ein „schwieriger Weg“.

Endgültige Aussagen zu den Kosten können derzeit nicht gemacht werden. Die Bewerbungskosten bezifferte Klaus Wowereit für 2024 auf 50 Millionen Euro, die Investitionen in Sportanlagen inflationsbereinigt auf 2,4 Milliarden Euro. Durch die Nachnutzung von Wohnungen oder Sportstätten ist ein erheblicher Teil dieser Investitionen nicht verloren. An den Kosten würde sich zudem auch der Bund beteiligen, da die Ausrichtung Olympischer Spiele eine nationale Angelegenheit sei.

Berlin stehe in Sachen Olympia für Zukunft, Vielfalt, Emotionen und Nachhaltigkeit, so Wowereit. Die Stadt wolle beweisen, dass sie „bescheidene Spiele durchführen kann“. Am 6. Dezember will der DOSB eine Vorentscheidung treffen. Sollte eine deutsche Bewerbung für 2024 erfolgen, dann werden die Berlinerinnen und Berliner im kommenden Jahr dazu befragt werden. Bis dahin gibt es weitere Formen der Bürgerbeteiligung. An einer ersten, inzwischen abgeschlossenen Befragung hatten sich mehr als 10.000 Berlinerinnen und Berliner beteiligt. Gut drei Viertel wünschten sich dabei ein zu Berlin passendes Konzept und eine Rückbesinnung auf die Olympische Idee. **BS □**

Kultur:

Tim Renner: Mehr Mitsprache der Kultur



Kulturstaatssekretär Tim Renner diskutierte auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie am Mittwochabend im Podewil.

Einen „Stadtentwicklungsplan Kultur“ regte Kulturstaatssekretär Tim Renner auf einer Diskussionsveranstaltung des Kulturforums und der Berliner SPD am Mittwochabend an.

Kultur brauche Orte in der Stadt zur Entfaltung, so Renner, dies müsse langfristig gesichert sein. Zudem hält er eine stärkere Beteiligung seiner Verwaltung bei Grundstücksvergaben durch den Liegenschaftsfonds für sinnvoll. Mit den in der Debatte nicht unumstrittenen Begriffen „Underground“ und „Exzellenz“ beschrieb Renner die Spannweite der Berliner Kulturlandschaft. Es müsse Räume zur Entwicklung von Neuem geben, es müsse den Aufstieg geben und den Anspruch, mit bestimmten Kulturangeboten im Wettbewerb der Metropolen eine Rolle zu spielen. Insgesamt brauche die Kultur mehr Mittel. **uh □**

Innes:

Für mehr Sicherheit sorgen

SPD-Innenexperten für mehr Prävention

Ein erneuter tödlicher Übergriff am Alexanderplatz, ein Brandanschlag, der mehrere S-Bahnstrecken lahm legt - Sicherheit wird wieder zum Thema in der Stadt.

Die SPD hatte bereits vor einiger Zeit für den Alexanderplatz eine Kombiwache vorgeschlagen, in der Bundespolizei, Landespolizei und das bezirkliche Ordnungsamt gemeinsam die Kräfte bündeln können, um hier für mehr Sicherheit zu sorgen. Der Berliner SPD-Innenexperte Thorsten Karge, forderte darüber hinaus, verschiedene Instrumente der Gewaltprävention zu verknüpfen. So wäre beispielsweise an eine Kombination verschiedener Maßnahmen, wie etwa Präventionsveranstaltungen an Schulen, verdachtsunabhängige Kontrollen in Berliner Brennpunkten, die Einrichtung von mobilen Wachen und die Stärkung von Förderinitiativen im Präventionsbereich, zu denken.

„Einen Königsweg hin zu einer hundertprozentigen Sicherheit in unserer Stadt

gibt es leider nicht“, so Karge. „Das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen zur Gewaltprävention kann jedoch dazu beitragen, derartige erschütternde Gewalttaten wie am Berliner Alexanderplatz künftig möglichst zu verhindern.“ Thorsten Karge lobte das Vorgehen der Berliner Polizei, die den mutmaßlichen Täter bereits zwei Tage nach dem Übergriff stellen konnte.

Der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber verurteilte den Brandanschlag auf die Berliner S-Bahn Ende August. Durch die Zerstörung von Kabeln wurden mehrere S-Bahnlinien im Bereich des Treptower Parks für einige Tage unterbrochen. „Besonders betroffen waren die Menschen, welche zur Arbeit wollten“, sagte Schreiber. Die Szene missbrauche zum wiederholten Mal Themen wie den Flüchtlingsprotest. Schreiber wandte sich gegen eine „falsche Verbrüderung, wenn es um die Flüchtlingsthematik“ gehe. „Ich hoffe, der Staatsschutz ermittelt die Täter.“ **BS □**

Unternehmen:

Berlins vielfältige Wirtschaft

Rund die Hälfte aller FirmengründerInnen hat einen Migrationshintergrund

Berlin boomt. Und in Berlin boomen Unternehmen, viele Neugründungen zählt die Hauptstadt Jahr für Jahr. Es wäre nicht Berlin, wenn Diversität und Vielseitigkeit nicht auch in diesem Bereich mitbestimmend wären.

Berlin ähnelt in der Zusammensetzung seiner Bevölkerung einem multikulturellen Mosaikgebilde. In seinen Details facettenreich und als Gesamtgebilde faszinierend. Was auf die Bevölkerung zutrifft, ist auch im Wirtschaftsleben als eine besondere Ressource dieser Stadt tagtäglich erlebbar. Ob Kundinnen und Kunden oder Unternehmerinnen und Unternehmer mit vielfältigen Hintergründen oder starke Wirtschaftsbeziehungen zu den ursprünglichen Herkunftsregionen. Mitten in Berlin liegt ein Schatz, der als Folge unserer Einwanderungsgeschichte entstanden ist. Besser noch: Mitten in Berlin liegen unzählige dieser Schätze. Diese gilt es zu nutzen und stärker anzuerkennen.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache und belegen die besondere Dynamik bei Unternehmensgründungen durch Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte: 55 % der Berliner Gründungen im letzten Jahr wurden von deutschen UnternehmerInnen getätigt, 45 % von UnternehmerInnen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Dabei haben viele Menschen mit Migrationshintergrund eine deutsche Staatsangehörigkeit. Es kann davon ausgegangen werden, dass insgesamt etwa die Hälfte der Unternehmensgründungen im Jahr 2013 von Menschen mit Migrationshintergrund realisiert wurden. Nach Schätzungen der Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration gibt es in Berlin rund 70.000 Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Migrationshintergrund.

GRÜNDUNGSWILLE UND DIE SUCHE NACH PERSPEKTIVEN

Aber wie kommt es dazu? Warum gründen Menschen mit Migrationshintergrund so vergleichsweise häufig? Ein Grund liegt in dem Bild vom Unternehmertum. Durchschnittlich haben Menschen mit Migrationshintergrund ein positiveres Bild des Unternehmenseins. Unternehmensgründungen sind in vielen (Herkunfts-)Ländern leichter, jedenfalls in bürokratischer Hinsicht, dies könnte für ein offeneres Herangehen an die eigene Gründung sorgen.

Es bedarf jedenfalls eines differenzierten Blickes auf die Unternehmensgründung. Leider gibt es - auch unter Menschen mit



Sichtbar im Stadtbild wird nur ein Teil der vielfältigen Wirtschaft. Foto: Horb

Migrationshintergrund - zu viele „Gründungen wider Willen“. Damit werden solche Gründungen bezeichnet, die eher aus der Not heraus entstehen, etwa um die eigene Arbeitslosigkeit zu beenden oder um die beruflichen Chancen zu verbessern. Solche Gründungen sind meist riskanter und scheitern in vielen Fällen schneller. Gründungen wider Willen könnten durch bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und durch eine angemessene Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen vermieden werden. Wo es doch zu „Gründungen wider Willen“ kommt, muss eine gezielte Förderung eventuelle Defizite auffangen können.

VIELE STEINE LIEGEN NOCH IM WEG

Trotz der überdurchschnittlichen Motivation und der hohen Gründerzahlen gibt es viele Hürden für Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund.

Zum einen tauchen Defizite auf Seiten der Gründerinnen und Gründer auf: Da ein erheblicher Teil der Neugründungen aus der Not entsteht - die erwähnten „Gründungen wider Willen“, weisen diese teilweise besondere Probleme auf. Wie zahlreiche Studien und Forschungen feststellen, realisieren gerade ausländische Gründerinnen und Gründern ihre Gründungen in vielen Fällen ohne ausreichende Vorbereitung, ohne eine gesicherte Finanzierung oder ohne ausreichende Kenntnisse in der Unternehmensführung.

Hinzukommen fehlende Kenntnis über das Angebot und die Bedeutung der Fachberatung. Mangelnde Sprachkenntnisse erschweren die Gründungen oft erheblich. Einige unternehmerische Vorhaben sind damit bereits bedroht, bevor das Geschäftes beginnen konnte.

Auf der anderen Seite erschweren Rah-

menbedingungen eine erfolgreiche Gründung: In den Regelinstitutionen scheint die Aussage „unsere Angebote stehen allen offen“ zum Standardrepertoire zu gehören. Gerade bei zielgruppenspezifischen Problemen eine nicht besonders zielführende Herangehensweise und vor dem Hintergrund einer vielfältiger werdenden Gesellschaft ein großes Manko. Berlin ist Vielfalt, einheitliche Systeme werden bei weitem nicht alles lösen können.

Finanziell zeichnen sich zwar die Gründungen bei Migrantinnen und Migranten häufig durch eine starke Unterstützung aus dem familiären Umfeld aus, aber fehlende Unterstützung durch Regelinstitutionen können diese nicht ersetzen. Ein großes Problem kann dabei die geringe Wertschätzung der Entscheidenden sein. Seien es Sprachdefizite, die zum Vorurteil der fehlenden Qualifikation führen können, aber auch die Unkenntnis über den Wert der Ressourcen, Kompetenzen oder Fertigkeiten, die gerade Unternehmerinnen und Unternehmer mit einer Zuwanderungsgeschichte mitbringen. Die Potentiale, die migrantische Unternehmen beinhalten, scheinen noch nicht ausgekostet.

HÜRDEN ABBAUEN, POTENZIALE NUTZEN

Um die Potentiale, die uns vor den Füßen liegen, zu wecken, bedarf es einer besonderen Beratung für Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Migrationshintergrund. Etwa ein Gründungszentrum mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten speziell für Menschen mit Migrationshintergrund könnte den Gründerinnen und Gründern die Gründung leichter und erfolgversprechender machen.

In diesem Zentrum könnte eine spezielle, differenzierte und umfassende Beratung angeboten werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten auf die besonderen Bedürfnisse der Gründerinnen und Gründer eingehen. Solch eine Betreuung ist vor allem für Menschen wichtig, die mit dem deutschen Rechts- und Behördensystem noch nicht vertraut sind. Fehlern in der Beratung würde vorgebeugt werden. Ein wesentlicher Aspekt, denn Mängel in der Gründungsberatung führen schnell zu Fehlentscheidungen und verpassten Chancen bei der Gründung - vermeidbare Erschwernisse!

Alle Institutionen, die sich mit den Belangen von Unternehmerinnen und Unternehmern, aber auch mit potentiellen Grün-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

derinnen und Gründern beschäftigen, sollen ihr Angebot auf die Tauglichkeit für die gesamte Zielgruppe - einschließlich Menschen mit Migrationshintergrund - prüfen. Hierzu zählen Banken, Behörden, JobCenter und Beratungs- und Fördereinrichtungen. Gerade staatliche Institutionen stehen dabei in einer besonderen Verantwortung.

Ein weiterer Schritt sollte die Beteiligung Berlins am EU-Projekt DELI (Diversity in the Economy and Local Integration) zur Förderung von Migrantenunternehmen sein, das Anfang 2014 vom Europarat gemeinsam mit der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde. Das Projekt verbindet die Stärkung des Unternehmertums und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, ein wesentlicher Aspekt ist der Austausch von best-practise-Beispielen. Im Fokus könnten die Unterstützung von Migrantenunternehmen bei der Beteiligung an Prozessen zur Auftragsvergabe, die Weiterqualifizierung der Unternehmerinnen und Unternehmer und die Entwicklung von Qualitätsstandards zur Beurteilung der wirtschaftlichen Teil-



Veranstaltung der AG Migration und Vielfalt zum Thema ethnische Wirtschaft im Mai. Foto: AG MV

habe von Migrantenunternehmen stehen. Weiterhin sollte sich die Politik für gesonderte Fördertöpfe für die Zielgruppe stark machen.

Debatten um die berüchtigten Gemüsehändler zeigen das größte Defizit unserer Gesellschaft auf. Das gesellschaftliche Misstrauen, das den migrantischen Gründerinnen und Gründern oft entgegengebracht wird, bremst unser gemeinsames wirtschaftliches Interesse. So falle es beispielsweise Gründerinnen und Gründern mit Zuwanderungsgeschichte aufgrund

von Vorbehalten der Vermieterinnen und Vermietern in vielen Fällen schwerer, Gewerberäume zu finden. Hier brauchen wir mehr und breitere gesellschaftliche Anerkennung frei von Vorurteilen. Andere Städte haben bereits vorgemacht, wie dies funktionieren kann, so München mit dem PhönixPreis - Münchner Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen“.

In Berlin gibt es jedenfalls noch einige Stellschrauben. Wenn sie richtig gedreht werden, werden wir alle von der Diversität unserer Wirtschaftskraft profitieren. Ideen und Forderungen hierzu enthält der Antrag „Potentiale interkultureller Wirtschaft nutzen“, den die AG Migration und Vielfalt bei ihrer nächsten Landesdelegiertenkonferenz diskutieren wird.

Fest steht: Wir brauchen spezifische, flexible und passgenaue Förderungsmöglichkeiten, um die Individualität und die Vielseitigkeit zu behalten, die Berlin ausmacht. Wir können stolz sein auf unsere Diversität, sie ist unsere große Stärke. Nun liegt es an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, diese Stärke und das daraus folgende Potential vollständig zu nutzen. Damit sich die Vielfalt auch in der Wirtschaft niederschlägt, damit die ganze Stadt davon profitiert.

Shirine Issa, Aziz Bozkurt □

Aziz Bozkurt ist Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt in Berlin, Shirine Issa gehört dem Landesvorstand der AG an.



Stand der AG 60plus mit Jan Stöß, Heidemarie Fischer, Klaus Wowereit, Cansel Kiziltepe und Werner Kleist. Foto: Duclos

Seniorenwoche:

Viel Zuspruch bei der AG60 plus

Eröffnung der Seniorenwoche

„Mehr Mitbestimmung für Seniorinnen und Senioren“ - unter diesem Motto wurde die 40. Berliner Seniorenwoche am 30. August 2014 auf dem Breitscheidplatz eröffnet. Mehr als 160 soziale Organisationen und Verbände verteilen an Tausende Besucherinnen und Besucher vielfältiges Informationsmaterial und stellten sich den Fragen, Wünschen und Anregungen.

Auch die AG 60plus hatte einen Infostand, der über sieben Stunden von fleißigen Mitgliedern betreut wurde. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der eine lockere Eröffnungsrede hielt, der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh besuchten den Stand und wurden von den Menschen umringt. Sie führten viele Gespräche und

konnten sich über viel Zuspruch freuen. Das Motto der Veranstaltung ist zugleich Auftrag an die AG 60plus, sich für eine Verbesserung des geltenden Seniorenmitwirkungsgesetzes einzusetzen. Ziel ist vor allem, eine stärkere Teilnahme der älteren Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen zu erreichen.

Die Fraktion des Abgeordnetenhauses hat sich dazu bisher etwas zurückhaltend gezeigt. Das muss sich ändern, denn die Zeit für eine Novellierung des Gesetzes drängt. In zwei Jahren sind die nächsten Wahlen. Der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh hat erfreulicherweise erklärt, die AG 60plus in diesem Ziel zu unterstützen.

Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 60plus □

Finanzen:

SPD stärkt die Kommunen

Für Kommunen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind, soll noch in diesem Jahr eine Soforthilfe in Höhe von 25 Millionen Euro fließen, die Mittel für Integrationskurse werden deutlich erhöht. Damit entspricht die Bundesregierung einer Forderung der SPD.

Auch bei den Kosten für Asylsuchende werden die Städte entlastet. Und weitere 200 Millionen kommen bis 2016 aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ und aus europäischen Sozial- und Hilfsfonds.

Von 2015 bis 2017 haben die Kommunen eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung - jährlich. Davon kommen 500 Millionen aus Erträgen der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte sparen die Kommunen, weil der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, um 500 Millionen erhöht. „Das zusätzliche Geld ist wichtig, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weiter lebenswert bleibt“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Es geht um öffentliche Bibliotheken, um Schwimmbäder, um Buslinien und vieles mehr.“

PM □

Unterschiedliche Profile

Mitgliedervotum: Drei Kandidaturen stehen fest

Mit Jan Stöß, Raed Saleh und Michael Müller stehen drei Bewerbungen um die Nachfolge im Amt des Regierenden Bürgermeisters fest. Sie werden sich mit ihren unterschiedlichen Profilen u.a. auf vier Mitgliederforen (s. S. 15) vorstellen.

Er wolle mit neuen Ideen dafür sorgen, dass „das Wirtschaftswachstum in der Stadt bei allen Berlinern ankommt“, erklärte der SPD-Vorsitzende Jan Stöß bei der Vorstellung seiner Kandidatur. Es gehe ihm darum, neue Arbeitsplätze in die wachsende Stadt zu holen, dort das soziale Miteinander zu stärken und die Schere zwischen Arm und Reich wieder stärker zu schließen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh sieht in seiner Kandidatur auch einen Beitrag, zu zeigen, dass man in Berlin „seinen Weg gehen kann, egal woher man kommt

und welche Religion man hat“. Er wies u.a. auf die Rekommunalisierung etwa der Wasserbetriebe hin, deren Umsetzung ihm ein Anliegen gewesen sei. Er wolle „für die Stadt, in der man lebt und die man liebt“, hart arbeiten.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller verwies bei der Ankündigung seiner Kandidatur darauf, in unterschiedlichen Funktionen Erfahrungen gesammelt zu haben, „die wichtig sind auch in den nächsten Jahren“. Einen Schwerpunkt wolle er darauf legen, die solidarische Stadtgesellschaft zu stärken und den Wohnungsbau weiter voranzubringen.

In den kommenden Ausgaben der Berliner Stimme werden sich die Kandidaten direkt vorstellen. Aktuelle Informationen zum Mitgliedervotum gibt es auf den Internetseiten der Berliner SPD. **uh** □

➔ spd-berlin.de/mitgliedervotum

„Pflege ist Zukunft“

Bundestagsfraktion lädt zur Informationsveranstaltung

„Pflege ist Zukunft. Die Pflege kommt voran.“ Unter diesem Motto laden die Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert und Cansel Kiziltepe laden am 16. September zu einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion ein.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die aktuelle Pflegereform, das Pflegestärkungsgesetz I und die Qualität und Wertschätzung der Arbeit in der Pflege. Es geht u.a. um die Fragen, welche Leistungsverbesserungen eingeführt werden und wer sie beanspruchen kann, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Pflege zukunftsfest, generationengerecht und solidarisch zu gestalten. Pflege muss dem Bedarf in der bunten werdenden Gesellschaft gerecht werden und die Pflegesowie Beratungsangebote müssen kultursensibel und geschlechtergerecht gestaltet werden. Informiert wird über Beratungsangebote und die Serviceleistungen der Pflegestützpunkte. Neben den beiden Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe und Mechthild Rawert diskutieren Mechthild Kopel, Geschäftsführende Gesellschafterin der Wert.Arbeit Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation GmbH, Berlin, Martin Matz, Mitglied des Vorstands Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V., Mathias Oberländer, Koordinator AG Junge Pflege, Deutscher Berufsverband für Pflege-Berufe Regionalverband Nordost e. V. (DBFK-Nordost e.V.) sowie Franziska Rah-

mel, Direktorin Tertianum Residenz Berlin, Beirätin des Deutschen Pflegerats. **BS** □

➔ Dienstag, 16. September 2014, 19.00 bis 21.00 Uhr, Tertianum Seniorenresidenz, Passauerstraße 5-7, 10789 Berlin. Anmeldungen bitte bis zum 12. September per Mail an mecchthild.rawert@bundestag.de, per Telefon unter 030/227 73750.

Fachausschuss IX:

Verbraucherschutz in der Diskussion

Aktuelle Entwicklungen im Verbraucherschutz, die Lebensmittelkennzeichnung und die Hygiene-Ampel stehen u.a. im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Fachausschusses „Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz“ am 9. September. Die Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß berichtet über aktuelle und geplante Projekte. Das Treffen findet auf Einladung der SPD-Abgeordneten Irene Köhne um 19.30 Uhr im Abgeordnetenhaus (Raum 320), Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, statt. □

AG Migration & Vielfalt:

Mentoringprogramm

Die AG Migration und Vielfalt Berlin startet ein Mentoringprogramm unter dem Namen „Macht Vielfalt“. Es beginnt im kommenden Oktober, Rückmeldungen sind bis zum 15. September erbeten unter macht-vielfalt@agmigration.spd-berlin.de.



Einschulung in Reinickendorf: Der Abgeordnete Thorsten Karge vor der Märkischen Grundschule.

Die SPD gratulierte zur Einschulung

Am 30. August hat für rund 30.000 Erstklässlerinnen und Erstklässler die Schule begonnen.

Die Berliner SPD begrüßte sie traditionell mit kleinen Einschulungstüten. Vor zahlreichen Berliner Grundschulen standen Mitglieder der Abteilungen, Berliner Abgeordnete und Bundestagsabgeordnete, um Brotdose, Stundenplan, Buntstifte und das Schulgesetz mit den Informationen zu Mitwirkungsrechten in der Schule zu verteilen.

Die Schulgesetzbroschüre der Berliner SPD im Internet: <https://www.spd-berlin.de/w/files/spd-infostand/schulgesetz2014.pdf>



Zogen die Gewinner beim Europaquiz: der Leiter des Europabüros Ernst-Patrick Mommsen und Johannes Kup vom Fachausschuss Europa.

Europaquiz ist entschieden

Die Gewinner im Europaquiz stehen fest. Im Mai hatten wieder etliche Berlinerinnen und Berliner am Quiz im Internet teilgenommen. Zwölf Fragen zur Europäischen Union mussten richtig beantwortet werden.

Jetzt zogen der Leiter des Europabüros von Sylvia-Yvonne Kaufmann Ernst-Patrick Mommsen und Johannes Kup vom Fachausschuss Europa, dessen Mitglieder die Fragen zum Quiz entwickelt hatten, die Gewinner. Der Hauptpreis, eine Straßburg-Fahrt, geht an Enes Mert, Buchpreise erhielten Dirk Mader, Stephanie Doehl und Andreas Löst. **BS** □

FRAKTION INTERN

Dank an Klaus Wowereit. SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit für 13 erfolgreiche Jahre im Dienst unserer Stadt gedankt. „Berlin ist mit Dir in den Kreis der bedeutenden Metropolen dieser Welt aufgestiegen“, sagte Saleh zu Beginn der Sonderfraktionssitzung einen Tag nach der Rücktrittsankündigung des Regierenden. Klaus Wowereit habe den Mentalitätswechsel in der Stadt durchgesetzt. Er habe Berlin auf den Boden der finanziellen und wirtschaftlichen Tatsachen zurück gebracht und mit überzogenen Erwartungen aufgeräumt. Gleichzeitig sei Klaus Wowereit gelungen, was den Aufstieg der Stadt antreibe und uns auch in Zukunft stark mache: Er habe Berlin Selbstbewusstsein gegeben und internationale Bekanntheit und Ansehen erarbeitet. Er habe mutig Türen geöffnet zu einer toleranten und offenen Gesellschaft, in der anders sein zur Normalität geworden ist. „Im Rückblick sieht vieles leichter aus, als es wirklich war. Wir werden nicht vergessen, wie schwer es war, den Aufstieg Berlins zu organisieren“ sagte Saleh und betonte in Richtung des Regierenden: „Wir sind und wir bleiben Deine SPD.“ Heute sei Berlin eine der attraktivsten und meistbesuchten Städte der Welt. „Wir machen keine Schulden mehr und die größten Ungerechtigkeiten in der Bildung sind überwunden. Berlin gehört bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu den Wachstumsmotoren Deutschlands. Wir sind Hauptstadt der Start-ups und Hauptstadt der deutschen Kultur.“ Saleh: „Wir danken Dir für Deine erfolgreiche Arbeit. Wir sind stolz - Du kannst stolz sein“.

Plenarzeit beginnt wieder. Am 8. September beginnt im Abgeordnetenhaus wieder der Plenarbetrieb. Ausschüsse und Gremien tagen regulär, die erste Plenarsitzung findet am 18. September statt. Die SPD-Fraktion informiert unter www.spd-fraktion-berlin.de über ihre Arbeit. Alle Termine unter www.parlament-berlin.de.

Dialoge zu Kita und Wachsende Stadt. SPD-Fraktionschef Raed Saleh führt seinen Kita-Dialog mit Kita- und Eltern-VertreterInnen, Bildungssenatorin Sandra Scheeres und SPD-BildungspolitikernInnen fort. Ziel ist eine höhere Verlässlichkeit für den Kita-Besuch von Berliner Kindern. Saleh lädt außerdem zum zweiten Teil der Veranstaltung „Chancen und Herausforderungen der wachsenden Stadt ein“. Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen diskutiert der SPD-Fraktionschef über neue Formen von Bürgerbeteiligung, damit ein Konsens über große Vorhaben Berlins bereits am Anfang von Planungsprozessen gefunden werden kann. **cs □**

Kreise:

Feste feiern im Kiez

SPD lädt zu traditionellen Stadtteilfesten ein

In mehreren Bezirken lädt die SPD am Wochenende zu ihren traditionellen Stadtteilfesten.

Lietzenseefest. Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf sowie die Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene laden am heutigen Sonnabend zum traditionellen Lietzenseefest, dem großen SPD-Familienfest, ein. Neben einer großen Hüpfburg und einem Spielparcours für die Kleinen kommen natürlich auch die Großen auf ihre Kosten. Es gibt Essen und Trinken und an rund 30 Ständen präsentieren sich Theater, Vereine und Organisationen aus dem Bezirk. Prominente Politikerinnen und Politiker dürfen natürlich auch nicht fehlen, darunter Klaus Wowereit, die Abgeordneten sowie viele andere PolitikerInnen aus dem Bezirk, Land und Bund.

➡ Samstag, 6. September 2014 von 14.30 bis 18.30 Uhr, Lietzenseepark, Zugang Kaiserdamm Ecke Witzlebenplatz

Sommerfest Pankow. Die SPD Pankow lädt am heutigen Sonnabend von 12 bis 18 Uhr in den Einsteinpark. Hüpfburg und Puppentheater, Essen und Trinken und spannende GesprächspartnerInnen werden geboten.

➡ Samstag, 6. September 2014 von 12 bis 18 Uhr, Einsteinpark,

Fest im Schillerpark. Die SPD Schillerpark veranstaltet am heutigen Sonnabend ihr jährliches Kinder- und Stadtteilfest. Im Schillerpark gibt es hinter der Kita ein buntes Informations- und Unterhaltungsprogramm.

➡ Samstag, 6. September 2014, 14:00 - 18:00, SPD Mitte - Abt. Schillerpark, hinter der Kita, Barfusstraße Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin

Sommerfest Spandau. Die SPD Spandau lädt am morgigen Sonntag wieder zum tra-



Stets gut besucht sind die Stadtteilfeste der SPD.

Foto: Horb

ditionellen Sommerfest im Wröhmännerpark ein. Neben dem großen Bühnenprogramm mit Live Musik und Polit-Talks gibt es auch wieder ein buntes Programm für die kleinen Gäste und an den zahlreichen Infoständen können sich Interessierte über viele spannende Organisationen des Bezirks informieren.

➡ Sonntag, 7. September 2014, 14:00 - 19:00, Wröhmännerpark, 13585 Berlin

Familienfest Lübars. Die SPD Reinickendorf lädt am Sonntag zum 5. Familienfest auf der Familienfarm Lübars. Dort bietet sie Reinickendorfer Vereinen wieder die Möglichkeit sich der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Familienfeste in den vergangenen Jahren waren mit mehr als 1.500 Besucherinnen und Besucher ein voller Erfolg. Auch in diesem Jahr wird wieder politische Prominenz erwartet. Zudem können sich die Vereine und Familien mit den SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern unterhalten und ihnen ihre Sorgen, Wünsche und Anregungen mitteilen.

➡ Sonntag, 7. September 2014, 11:00 - 17:00, Familienfarm Lübars, Alte Fasanerie 10, 13469 Berlin

Forum Sport:

Forum Sport zur Olympiabewerbung

Das Forum Sport der Berliner SPD diskutiert auf seiner nächsten Sitzung die aktuelle Frage „Kann / will Berlin Olympische Spiele und Paralympics 2014/2028?“

Gast des Forums wird an diesem Abend der Chef der Senatskanzlei Björn Böhning sein, der ausführlich berichten wird.

➡ Dienstag, 16. September 2014, um 19.00 Uhr, auf Einladung von Karin Halsch, MdB, Raum 353 des Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchner Str. 5, 10117 Berlin

ASJ:

Rechtspolitik in der Bundestagsfraktion

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen lädt am 10. September zu einer Diskussionsveranstaltung mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Eva Högl.

Dabei geht es um das Thema „Rechtspolitik in der Bundestagsfraktion“, für das Eva Högl zuständig ist. Sie wird eine erste Bilanz der Arbeit in der Koalition ziehen.

➡ Mittwoch, 10. September, 20 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Soziales:

Brandmauer gegen soziale Armut

André Lossin: Den Wandel in der wachsenden Stadt sozial gestalten

Den Wandel von Berlin sozial zu gestalten, das ist eine Herausforderung für die Berliner SPD, dazu gehört die Sicherung der notwendigen sozialen Infrastruktur

Berlin ist „in“ - nicht nur bei Touristen: Immer mehr (vor allem junge) Menschen ziehen in die Stadt, die Wirtschaft entwickelt sich positiv, der Arbeitsmarkt stabilisiert sich und gleichzeitig wächst - unter anderem wegen einer besseren medizinischen Versorgung - der Anteil der älteren Bevölkerung. Dennoch kommt diese positive Entwicklung nicht bei allen Menschen an. Dauerhaft Erwerbslose fühlen sich abgehängt und brauchen eine Perspektive!

Es ist ein großer Erfolg der seit 2001 unter der SPD und Klaus Wowereit geführten Regierungen, dass die Berliner Wirtschaft in den letzten Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt gewachsen ist. Im letzten Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in Berlin 1,2% während die Wirtschaft im Bund um 0,8% wuchs. Das führte zu einer Zunahme der Erwerbstätigen von 1,4 % auf rund 1,8 Millionen.

**ARBEITSLOSIGKEIT AUF
NIEDRIGSTEM STAND
SEIT 15 JAHREN**

Kein anderes Bundesland kann solch eine positive Beschäftigungsentwicklung verzeichnen wie Berlin. Dies ist eine Folge des starken Wachstums im Dienstleistungsbereich, der 2013 mit 2,2% wuchs. Die Arbeitslosigkeit ist damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Vor allem wächst in Berlin in den Bereichen Handel, Verkehr, Gastronomie, IT und Kommunikation, Gesundheit und besonders stark in der Finanz-, Versicherungs- und Wohnungswirtschaft.

Seit der Wiedervereinigung ist viel Kapital in den Berliner Immobilienmarkt geflossen, was zu einem Wachstum zehntausender neuer Arbeitsplätze geführt hat. Auch viele junge Menschen haben damit eine Chance, einen guten Job in dieser Stadt zu finden.

Eine weitere Dynamik: Berlin wächst, unter anderem wegen des Zuzuges jährlich zehntausender Menschen vor allem aus Süd- und Südosteuropa, von denen viele gut ausgebildet sind. Im Jahr 2013 standen den 170.000 Zuziehenden 127.000 wegziehende Menschen gegenüber, so dass Berlin im Saldo um 43.000 Menschen gewachsen ist. Schon in wenigen Jahren wächst Berlin um die Größe eines weiteren Bezirks!

Doch trotz guter kontinuierlicher wirt-



André Lossin ist Mitglied der Koordinierungskommission Sozialpolitik beim Landesvorstand.
Foto: Horb

schaftlicher Entwicklung, sind nach wie vor 200.000 Menschen offiziell erwerbslos gemeldet. Teilweise fehlen diesen Arbeitslosen die für die Jobs in den Dienstleistungen geforderten Qualifikationen. Es ist davon auszugehen, dass diese auch bei einem weiteren Wachstum keine adäquate Tätigkeit finden werden.

**SOZIALSTRUKTUR
VERÄNDERT SICH**

Der starke Zuzug drückt genau auf diese Gruppen, vor allem in den Innenstadtbezirken: So werden hier aufgrund erheblicher Mieterhöhungen Teile der Bewohnerinnen und Bewohner an die Stadtränder gedrängt. Diese müssen dorthin ziehen, wo die Mieten jetzt noch günstig sind: in den nördlichen Teil Spandaus, aber auch nach Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf.

In diesen Bezirken verändert sich die Sozialstruktur rasant. Dagegen ein Blick in den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg: Hierhin ziehen viele junge Menschen, die zwar derzeit noch nicht über ein hohes Einkommen verfügen, aber aufgrund ihrer guten Ausbildung eine gute berufliche und soziale Perspektive haben.

In der Konsequenz bedeutet das: Es sind oftmals der 40- bis 50-Jährigen und älteren Erwerbslosen, die aufgrund ihrer mehrjährigen Berufskarrieren im zweiten Arbeitsmarkt schwerlich eine Aussicht auf eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt ha-

ben. Auch die sogenannte Negativliste schließt den Erwerb beruflicher Qualifikationen für Jobs des ersten Arbeitsmarktes aus. Die genannte Gruppe hangelt sich von einer Fördermaßnahme zur nächsten.

**DAUERHAFTE JOBS IM
ZWEITEN ARBEITSMARKT**

Es ist daher dringend geboten, für diese Menschen nicht nur über zeitlich begrenzten Zeitraum, sondern perspektivisch und dauerhaft einen Job im zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Das zeigen die Erfahrungen mit Erwerbslosen bei den vielen Wohlfahrtsorganisationen. Viele von Ihnen sind über Arbeitsfördermaßnahmen wie „MAE“, „FAV“, als Mobilitätsdienste oder in Stadtteilzentren tätig. Es ist für sie schwer nach der Durchführung auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen.

Das Beschäftigungsspektrum ist weit gefasst. Auszugsweise werden einige typische Arbeitsbereiche genannt:

Mobilitätshilfe. Die Mitarbeiter begleiten ältere, überwiegend einsame Menschen bei Spaziergängen, Behördenbesuchen und gesellschaftlichen Anlässen. Es werden gemeinsame Gespräche geführt sowie Spiele und Lesungen veranstaltet. Diese Projekte stehen in Kontakt mit karitativen Einrichtungen, um Klienten vermittelt zu bekommen. Die Arbeit beginnt dort, wo das Angebot von Pflegediensten und karitativen Diensten aufhört.

Bürohelfer/innen. Die Teilnehmer dieser Maßnahmen arbeiten als zusätzliche, beigestellte Kräfte im Bürobereich von Bibliotheken, Schulen, Kitas, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Sie unterstützen das Stammpersonal mit Tätigkeiten, die nicht zu den Pflichtaufgaben gehören. Je nach Einsatzstelle und Kenntnisse der Teilnehmer liegen die Schwerpunkte der Arbeiten anders.

Pädagogische Hilfskräfte. Sie helfen dem Lehrpersonal in Schulen bzw. Erziehern in Kitas bei der pädagogischen Betreuung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Diese Tätigkeit kann mit speziellen Schwerpunkten erfolgen, beispielsweise zur Verbesserung der EDV-Betreuung.

Hauswirtschaft. Die Kräfte helfen in Kitas, Schulen und Senioreneinrichtungen bei der Essensvorbereitung, der Essensausgabe und bei Ordnungsarbeiten. Zudem wirken Hauswirtschaftler in Lebensmittelausgabestellen und Treffpunkten für Bedürftige mit.

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

So bleiben diese Menschen auf dem zweiten Arbeitsmarkt und damit in einer Art Grauzone. Beispielsweise bei den Mobilitätshilfsdiensten. Arbeitslose begleiten Menschen, die immobil geworden sind zum Einkaufen oder zum Arzt. Dafür gibt es für die Träger Zuwendungen vom Senat. Diese Struktur ist aber chronisch unterfinanziert, wenn möglichst viele MAE-Kräfte oder FAV-Beschäftigte eingesetzt werden können.

Viele von ihnen haben dabei mit großen Problemen zu kämpfen, die ihnen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt versperren: Sucht, Obdachlosigkeit, Krankheiten. Diese Menschen erbringen aber definitiv Leistungen in der Sozialwirtschaft. Sie müssen langfristig anerkannt und mit einer Perspektive gewürdigt werden. Heute ist es immer noch so: Mal sind die Leute drin, dann wieder draußen.

Viele dieser notwendigen Leistungen werden und können nicht aus den Pflegeentgelten finanziert werden, denn aus diesen werden grundsätzlich nur direkte Pfl-

geleistungen, die dem Pflegebedürftigen zu Gute kommen, genommen. Die in den Kommunen vorhandenen niedrighschwellig Angebote und für die notwendige Infrastruktur werden überwiegend aus den kommunalen Haushalten finanziert und damit hängt der von der finanziellen Ausstattung der jeweiligen Kommune ab. Das hat zur Folge, dass die Kommunen und die Länder diese Leistungen nicht mehr selbst erbringen und mit dem Hinweis auf Sparzwänge, diese Leistung auf Dritte übertragen.

SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS SCHUTZ VOR ARMUT

So werden Seniorentreffs oder Jugendzentren per Ausschreibung an freie Träger übergeben. Bezahlt werden die Mitarbeiter in der Regel dann aber nicht mehr nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes. Diese Leistungen müssen zukünftig auf der Basis von Zuwendungen und dann längerfristig gesichert werden, Diese Zuwendung

muss auf mindestens der Höhe des Mindestlohns sein.

Die den Wohlfahrtsverbänden angeschlossenen Organisationen können auf Dauer keine sozialen Aufgaben übernehmen, die nicht finanziert werden und die auch mit dem Ehrenamt kompensiert werden.

Wir brauchen in Berlin eine soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürgern wie eine Brandmauer rechtzeitig vor dem Absturz in die Armut absichert. Beratung wie bei drohender Wohnungslosigkeit oder Überschuldung gehört dazu. Dies geht nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und den Wohlfahrtsverbänden. Denn der Gang zum Sozialamt ist immer der teuerste Weg.

In unserer Stadt darf der soziale Zusammenhalt nicht verloren gehen: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von Sozialverbänden, Bezirken und Senat geschultert werden kann. Dafür braucht es ebenso ein stärkeres Engagement des Bundes.

André Lossin, Koko Sozialpolitik beim SPD-Landesvorstand □

Diskussion:

Dilek Kolat im Gespräch zu „Berlin Arbeit“

Die Senatsverwaltung für Arbeit hat nach den Wahlen 2011 unter ihrer neuen Senatorin Dilek Kolat beschlossen, die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik des Landes Berlin unter dem Namen „Berlin Arbeit“ strategisch neu auszurichten. Ziel ist es, die Zahl der Erwerbslosen zu senken, das sozialdemokratische Prinzip „Guter Arbeit“ konsequent durchzusetzen, den Standort Berlin mit gut ausgebildeten Fachkräften weiter zu stärken und das Zusammenspiel der Akteure in den Jobcentern der Bundesagentur für Arbeit, der Wirtschaft, der Politik und Verwaltung zu verbessern.

Nach gut zweieinhalb Jahren wollen die Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und die Arbeitgemeinschaft für Migration und Vielfalt in der SPD Mitte im Gespräch mit Arbeitsministerin Dilek Kolat eine Zwischenbilanz ziehen.

Hat das Programm „Berlin Arbeit 2011-2016“ schon spürbare Effekte gezeigt? Konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen gesenkt werden? Besonderes Augenmerk wollen die Arbeitgemeinschaften unter anderem auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt richten.

➔ Senatorin Dilek Kolat im Gespräch zum Thema Berlin Arbeit, Montag, 15.09.2014 um 19.30 Uhr im Erika-Heß-Saal, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin (am S+U Wedding)

Diskussion:

Alles neu ab 2020?

FES und DGB zur Schaffung gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland gehört zu den wichtigsten politischen Aufgaben Auf einer Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung am 8. September wird über die Wege diskutiert.

Das Jahr 2020 wird für Deutschland zahlreiche Veränderungen gleichzeitig bringen: Zum 31. Dezember 2019 laufen der Solidarpakt II und der bisherige Länderfinanzausgleich aus. Zum gleichen Zeitpunkt laufen die gesetzlichen und damit finanziellen Verpflichtungen des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz aus. Zeitgleich greift ab 2020 für die Länder die Schuldenbremse voll, während die EU-Strukturförderperiode 2014 bis 2020 zum Ende kommt – verbunden mit einem absehbar weiteren Rückgang der Strukturfondsmittel von 2021 an.

Diese Prozesse verlangen bereits heute konsequente Überlegungen und Strategien für die Zukunft. Es kommt darauf an, die Weichen rechtzeitig richtig zu stellen. Deshalb muss jetzt eine öffentliche Debatte über die Frage stattfinden, wie das im Grundgesetz verankerte Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden kann. Politik und Gesellschaft müssen Antworten auf die Frage finden, wie wir in Zukunft leben wollen: Wie kann eine – in Ost und West – gerecht empfundene Anschlussregelung nach 2019 aussehen? Wie kann der Investitionsstau – z.B. im Verkehr, bei der Bildung oder im Energie- und

Umweltbereich – verringert und der sozial-ökologische Wandel vorangetrieben werden? Und wie können die nötigen Investitionen für Gute Arbeit und mehr Beschäftigung in strukturschwachen Regionen ab 2020 aufgebracht werden? Wie kann eine Ausweitung der ohnehin großen Kluft zwischen armen und reichen Regionen und Kommunen aufgehalten werden?

Zum Thema der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund mit einem Positionspapier zur Gestaltung der Strukturpolitik nach 2020 geäußert. Ebenso widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung dem Thema mit einer Studie. Darin wird gezeigt, wie eine Reform des Finanzausgleichs den Kommunen ermöglicht, sich ihren eigentlichen Aufgaben im Rahmen der regionalen Entwicklung stärker zu widmen.

Die Ergebnisse beider Publikationen werden auf der gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes NRW, Stefan Körzell, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Hans Eichel, Bundesminister a.D., und weiteren Expert_innen diskutiert. **PM** □

➔ Alles neu ab 2020? Wege zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland, Montag, den 8. September 2014, von 15:00 - 17:30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Konferenzsaal, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Ukraine:

„Den Gesprächsfaden erhalten“

Dr. Fritz Felgentreu: Dauerhafter Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich

Seit Ende 2013 befindet sich die Ukraine in einer Staatskrise, die mit zunächst friedlichen, später gewalttätigen Protesten gegen die Regierungspolitik gegenüber Russland und der EU begann und sich mit dem Sturz der Regierung fortsetzte. Ihm folgten die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und gegenwärtig der unerklärte Krieg des ukrainischen Staates gegen von Russland unterstützte, so genannte Separatisten in der Donbass-Region (Ost-Ukraine).

In der AG Sicherheit und Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion bin ich der für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zuständige Berichterstatter. Deshalb wollte ich mir ein eigenes Bild von der politischen Lage und den Einschätzungen und Strategien der politisch Verantwortlichen in Kiew machen und verbrachte zwei Tage mit Gesprächen vor Ort. Organisatorisch begleitet wurde die Reise durch die Deutsche Botschaft in Kiew und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

In Kiew fiel mir zunächst auf, dass der innere Konflikt des Landes weniger sichtbar geworden ist. Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine haben stattgefunden und die Majdan-Bewegung hat ihre Zelte inzwischen abgebrochen. Patriotische Transparente konzentrieren sich auf den Konflikt in der Ost-Ukraine. Ein sommerlich entspanntes Nachtleben kommt in der Innenstadt wieder zu seinem Recht. Auf der Straße wird dabei fast genauso viel Russisch wie Ukrainisch gesprochen. Mir selbst begegneten die Menschen, wenn ich Russisch sprach, überall mit freundlicher Selbstverständlichkeit.

RECHTER SEKTOR BEI 2 PROZENT

Die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai waren von großer Bedeutung, weil durch sie die neue Führung demokratisch legitimiert wurde. Die Wahlen haben gezeigt: Das Land war trotz des anhaltenden Konflikts dazu fähig faire und freie Wahlen durchzuführen, aus denen Petro Poroschenko mit einem eindeutigen Regierungsauftrag als Präsident hervorgegangen ist. Darüber hinaus brachten sie die gute Nachricht, dass die Kandidaten der rechtsnationalen „Swoboda“-Partei sowie des extremistischen „Rechten Sektors“ weniger als 2% erhalten haben. Dass die ukrainischen Wählerinnen und Wähler diesen Kandidaten ihre Stimme verweigert haben, war ein wichtiges Signal.

In Kiew hat die Deutsche Botschaft Kiew



Kiew im August: Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu machte sich ein Bild von der Situation in der Ukraine.

für meinen Besuch verschiedene Gespräche organisiert, unter anderem mit Vertretern aus Regierung, Parlament, Wissenschaft und Stadtverwaltung, sowie einem bloggenden Sicherheitsexperten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew brachte mich außerdem mit engagierten jungen Leuten aus Kiew und Vertretern von NGOs zusammen, wo klar zu spüren war: Mit dieser neuen Generation wächst Europa.

Beeindruckend war dabei, dass es in Kiew einen großen Meinungspluralismus über den Konflikt im Osten und die Zukunft der Ukraine gibt. Im Hinblick auf die Notwendigkeit und den Zeitpunkt von Neuwahlen für das Parlament ergab sich eine große Spannweite von Positionen. Es herrscht weitgehend Konsens über das gesellschaftliche Bedürfnis nach Neuwahlen, aber auch darüber, dass die Durchführung viele Schwierigkeiten mit sich bringt: die Gefahr eines Erstarkens der populistischen Radikalen Partei, die ungeklärte Reform des Wahlgesetzes und die Probleme der Vertretung umkämpfter Landesteile.

In zehn Gesprächsrunden mit sehr unterschiedlichen Blickwinkeln wurde mir immer klarer, wie sehr die weitere Entwicklung des Konflikts in der Ukraine von Entscheidungen abhängt, die nicht dort, sondern in Moskau fallen. Die Separatisten in der Ost-Ukraine erhalten ihre materielle und z. T. auch personelle Unterstützung aus Russland. Daher lässt sich eine langfristige Befriedung nur mit Russland erreichen.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Die deutsche Außenpolitik setzt sich für Gewaltverzicht, Dialog und Kooperation in Europa und der Welt ein. Diese Haltung angesichts der wachsenden Aggressivität in der Ukraine aufzugeben kann nicht der richtige Weg sein. Deutschland setzt sich daher mit allen diplomatischen Mitteln für ein Ende der Gewalt in der Ukraine-Krise

ein und hilft eine politische Lösung zu suchen. Dazu gehört aber auch, Russland klar zu machen, dass wir eine Politik, die darauf abzielt, mit Gewalt neue Grenzen zu ziehen oder Einflusszonen zu sichern, nicht akzeptieren können.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat deshalb die Auslieferung eines Gefechtszentrums an Russland gestoppt. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat recht, wenn er - im Hinblick auf die Sanktionen der EU - feststellt, dass wirtschaftliche Überlegungen nicht vor politische gestellt werden dürfen, wenn es um die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in Europa geht. Die Gesprächskanäle für Diplomatie und Dialog müssen aber trotz Sanktionen immer offen bleiben. Eine dauerhafte Friedensordnung gibt es nur, wenn es gelingt, Russland davon zu überzeugen, dass der Versuch, die Ukraine langfristig zu spalten, keine Zukunft hat.

Die Ukraine wird auf Dauer ein Teil der europäischen Völkerfamilie bleiben. Gerade der Konflikt mit Russland lässt rasch eine gemeinsame Identität wachsen - übrigens unabhängig von der Muttersprache der Menschen. Zu den diplomatischen Mitteln Deutschlands gehört deshalb auch, die Ukraine bei den notwendigen inneren Reformen auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Good Governance zu begleiten. Nur eine stabile Ukraine mit einer Verfassung, die dem Schutz der Rechte aller Bürger verpflichtet ist, kann ihren unverzichtbaren Beitrag zu einer neuen Friedensordnung leisten.

Am 26. August sind Präsident Putin und Präsident Poroschenko in Minsk zum ersten Gespräch seit drei Monaten zusammen gekommen und haben sich angeblich auf einen Friedensplan verständigt. Das lässt hoffen. Eine Feuerpause in der Ost-Ukraine ist jedoch noch nicht in Sicht - im Gegenteil: Durch die gegenwärtige Offensive der Separatisten nehmen die Kampfhandlungen an Härte weiter zu.

Fazit: Nach dem Besuch in Kiew steht für mich eine Sache fest. Wir müssen Russland davon überzeugen, dass es die territoriale Integrität der Ukraine wieder respektieren muss. Es ist aber auch völlig richtig, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei aller berechtigten Kritik am Verhalten Russlands den Gesprächsfaden zu seinem russischen Kollegen Lawrow nicht abreißen lässt. Denn gerade die heutigen Gegensätze zwischen der EU und Russland zeigen: Ein dauerhafter Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich.

Dr. Fritz Felgentreu □

Ausstellung:

„Nieder mit dem Kriege“

August Bebel Institut dokumentiert Friedensaktivitäten

Am Freitagabend ist in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eine Ausstellung des August-Bebel-Instituts eröffnet worden, die angesichts der Konflikte in der Ukraine, in Syrien, dem Irak oder dem Gaza-Streifen eine besondere Aktualität bekommen hat: **Menschen gegen den Krieg.**

Auf den zehn Tafeln geht es dabei um die Zeit vor und während des 1. Weltkriegs. Jede der Tafeln erzählt eine Geschichte, etwa die der Friedensbewegung vor Kriegsbeginn: „Kein Krieg wegen Marokko!“ lautet die Parole der Berliner Sozialdemokratie, der im Spätsommer 1911 eine Viertelmillion Arbeiter/innen folgen. So groß ist der Andrang, dass nur die Wenigsten die Redner auf den zehn aufgestellten Tribünen verstehen können. Doch auf ein Trompetensignal hin fliegen Hunderttausende Arme in die Höhe, um für die Resolution zu stimmen: Gegen ‚die infame Hetze des Panzerplatten- und Kanonenkapitals! Für ‚die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens!‘, Demokratie statt Imperialismus!“ Anfang der 1910er Jahre war der Friedensbewegung auch im militaristischen Preußen der Sprung aus den Salons und Konferenzsälen auf die Plätze und Straßen gelungen. Bertha von Suttner hatte 1887 ihren Weltbestseller „Die Waffen nieder!“ veröffentlicht, es wurde für die Ächtung des Krieges geworben. „Den stärksten Rückhalt finden ihre Ideen jedoch in der internationalen Arbeiterbewegung, die sich traditionell dem Antimilitarismus und der Völkerverbrüderung verpflichtet hat.“

Eine wenig bekannte Geschichte aus dem 1. Weltkrieg erzählt eine Tafel, die den Streiks gegen den Krieg gewidmet ist: „Die Selbstverpflichtung der Gewerkschaftsführung, für die Dauer des Krieges auf jegliche Streikaktivitäten zu verzichten, wird



Ein Banner macht derzeit auf die Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstr. 163 im Wedding aufmerksam. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14–18 Uhr, Di nach Vereinbarung.

von der Berliner Arbeiterschaft schon bald missachtet. Solidaritätsstreiks für den vor Gericht gestellten Karl Liebknecht bringen im Juni 1916 bereits 50.000, die sogenannten Brotstreiks im April 1917 sogar 200.000 Arbeiter/innen auf die Straße. Organisiert werden die Streiks von unabhängigen Obleuten in den Betrieben, ihre Parolen sind: ‚Brot! Freiheit! Frieden!‘ Ende Januar 1918 treten erneut 400.000 Berliner Arbeiter/innen in den Ausstand. Wut und Verzweiflung über die enttäuschten Friedenshoffnungen entladen sich in militanten Aktionen. Straßenbahnen werden umgeworfen, Barrikaden errichtet, in Moabit kommt es sogar zu Schusswechseln mit der Polizei. Die Regierung weigert sich, eine Delegation der gewählten Streikleitung zu empfangen. Mithilfe von 5.000 Reserveoffizieren werden Rüstungsbetriebe besetzt. Militärische Standgerichte machen kurzen Prozess mit Rädelsführern und Aktivist/innen. Zehntausende Streikteilnehmer werden an die Front geschickt.“ **BS □**

Mit dem Blick der Kriegsveteranen

11. September: Buchvorstellung mit Prof. Benjamin Ziemann

Im Rahmen der Ausstellung „Menschen gegen den Krieg“ lädt das August Bebel Institut am 11. September gemeinsam mit dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie und dem Dietz-Verlag zu einer Buchvorstellung.

Die Erinnerung an den Krieg prägte die deutsche Gesellschaft nach 1918, stellt Benjamin Ziemann, Professor für Neuere Deutsche Geschichte an der University of Sheffield in seinem im Mai erschienenen Buch „Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933“ fest.

Doch diese Erinnerung war umkämpft. Sozialdemokratische Kriegsveteranen hatten auf diesem Feld eine eigene Stimme. Aus der Perspektive der linken Kriegsveteranen ergeben sich grundlegend neue Einsichten in die historischen Bedingungen für die Stabilität und Zerstörung der Weimarer Republik. Sozialdemokratische Kriegsveteranen nutzten die demokratische Öffentlichkeit der Republik, um ihre eigene, pazifistische Deutung des Krieges zu vertreten. Sie machten Weimar zu ihrer Republik, die sie gegen den heroischen Nationalismus der

Veranstaltungen:

Engagement gegen den Krieg

Eine Reihe von Veranstaltungen begleitet die Ausstellung „Menschen gegen den Krieg des August-Bebel-Instituts in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

Vier Generationen Anti-Kriegs-Bewegung im Gespräch. Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, atomare Aufrüstung und Wehrdienst waren in der BRD der 1970er bis 90er zentrale Mobilisierungsmomente der Friedensbewegung. In der DDR formierten sich die „Frauen für den Frieden“ gegen das 1982 verabschiedete Wehrdienstgesetz, das auch Frauen verpflichtete. Heute widersetzen sich Schulen und Unis den Werbemaßnahmen der Bundeswehr in ihren Räumen. Mit ehemaligen und aktuellen Aktivist/innen wird die Frage nach der aktuellen Relevanz einer Haltung gegen Krieg diskutiert.

➡ Mo 15. September, 19–22 Uhr, mit Almut Ilsen (ehem. Frauen für den Frieden), Micha Schmidt (Bündnis Schule ohne Militär), Ralf Siemens (Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung), Laura von Wimmersperg (Friedenskoordination Berlin). Moderation: Ingo Siebert (August Bebel Institut)

Vortrag und Gespräch mit Tommy Spree. Als Ergebnis seiner Agitation gegen den Ersten Weltkrieg gründet der Pazifist Ernst Friedrich 1925 in Berlin das weltweit erste Anti-Kriegs-Museum. Es wird zu einem Mittelpunkt friedenspolitischer Aktivitäten, bevor die SA es 1933 zerstört. Seit 1982 führt Friedrichs Enkel Tommy Spree das pazifistische Engagement des Gründers fort – im aktuellen Anti-Kriegs-Museum im Wedding. In der Veranstaltung berichtet Spree über Leben und Schriften seines Großvaters und erklärt, warum er sich heute dessen Erbe verpflichtet fühlt.

➡ Fr 19. September, 19–21 Uhr. Moderation: Siegfried Heimann (Historische Kommission der SPD Berlin)

Rechten verteidigten. In seiner kulturhistorischen Studie analysiert Benjamin Ziemann die Medien und symbolischen Formen republikanischer Kriegserinnerung.

PM □

➡ Do 11. September, 19–21 Uhr, Buchvorstellung und Gespräch, „Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933“, mit Benjamin Ziemann (Professor für Neuere Deutsche Geschichte, University of Sheffield), Moderation: Holger Czitrich-Stahl (Historiker). Anmeldungen: 4692 121.

Porträt:

Wiederaufbau, Teilung, Zusammenwachsen

Helga Ernst über Waldemar Schulze: Stationen eines sozialdemokratischen Lebens (II)

Waldemar Schulze, Bundestagsabgeordneter, Kreuzberger Bürgermeister, SPD-Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender, hat Wiederaufbau, Teilung und Zusammenwachsen der Stadt politisch begleitet. Die Sozialdemokratin Helga Ernst hat nach Gesprächen mit Waldemar Schulze für die BERLINER STIMME Stationen seines Lebens nachgezeichnet.

1951 ist Waldemar Schulze in die SPD eingetreten. Ähnliche jugendpolitische Zielsetzungen der Falken mit denen der SPD spielten dabei eine Rolle. Zielstrebig und arbeitsam, ein zuverlässiger Kümmerer, der seine pädagogischen Fähigkeiten auch auf die widerspenstigsten Genossen und Genossinnen anzuwenden wusste, ging es nach Beendigung der Falken-Jugendarbeit auch in der SPD stetig weiter.

Von 1963 an war er 11 Jahre lang Vorsitzender der 4. Abteilung Kreuzberg, in der Exoten wie „Texas-Willy“-Kressmann oder Prominente wie die legendäre Ida Wolff, Wiederbegründerin und Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, zu Hause waren. Es ist nicht verwunderlich, dass Delegierten-Mandate ihn bis zum Bundesparteitag führten. 1973 bis 1980 übernahm er den Kreuzberger SPD-Vorsitz, stellvertretender Landesvorsitzender war er von 1977 bis 1980.

Naheliegender war auch die Kandidatur im Wahlkreis 4 in Kreuzberg. Mit dessen Direktgewinn begann Schulzes Mitgliedschaft im Abgeordnetenhaus von Berlin. Der Wahlkreis 4 lag in den Grenzen vom Mehringdamm bis Südsterne und vom Landwehrkanal bis zur Schwiebusser Straße. Diesen Wahlkreis hielt er bis 1976.

Schulze hatte sich im Abgeordnetenhaus kaum eingearbeitet, als während des Besuchs des persischen Schahs am 2.6.67 die tödlichen Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg fielen. Waldemar gehörte dem daraufhin eingesetzten Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses an, der die Hintergründe der Erschießung aufklären sollte. In extrem aufgeheizter, antistudentischer Atmosphäre in Berlin wie auch im Ausschuss ein kaum mögliches Unterfangen, zumal Beweisunterlagen fehlten oder unvollständig waren, Spuren verwischt worden waren. Der Todesschütze Kurras wurde freigesprochen.

Der Ausschuss konnte seinen Auftrag nicht erfüllen. Erst 2009 wurden in den Stasi-Unterlagen schwer belastende Hinweise gefunden - wie auch entdeckt wurde, dass der Todesschütze Kurras zu allem auch noch Stasi-Spitzel gewesen war.



Waldemar „Waldi“ Schulze am Rednerpult der Kreuzberger SPD. Foto: privat

Von 1973 bis 1976 war Schulze stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er gehörte dem Ältestenrat an, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und als Vorsitzender dem Ausschuss für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen. In letzterem Ausschuss wurden das Viermächteabkommen über Berlin und alle anderen Berlin betreffenden Verträge beraten. Ein äußerst schwieriger Prozess.

Waldemar, bereits seit 1967 in diesem Ausschuss, war mit diesen Schwierigkeiten vertraut. Zum einen unterlag Berlin dem Besatzungsrecht. Alle Gesetze, Verordnungen, auch zu übernehmende Gesetze des Bundes mussten von den drei Westmächten gebilligt werden. Zum anderen gab es für das Viermächteabkommen ursprünglich keine Mehrheit in der Fraktion. Dem großen Mühen von Klaus Schütz - in jener Zeit Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender - ist es zu verdanken, dass letztlich die Fraktion mehrheitlich zugestimmt hat (und die Berliner Partei ebenfalls). Heute ist nicht mehr auszudenken, wie die Geschichte verlaufen wäre, hätte es damals keine Übereinkunft gegeben. Berlin als Dreh- und Angelpunkt der Ostpolitik - die Welt schaute immer noch auf diese Stadt.

Am 3.10.76 wurde Schulze für eine Legislaturperiode aus dem Kreis des Berliner Abgeordnetenhauses zum Bundestagsabge-

ordneten bestimmt. Dies geschah durch Aufstehendes des ganzen Parlaments und Aufrufens der Namen der Kandidaten. Die Auswahl war wiederum ein Ergebnis des Besatzungsstatuts: 22 Abgeordnete waren nach Parteienproporz zugelassen, mussten aber von den Westmächten jeweils akzeptiert werden. Diese MdBs hatten in Bonn zwar Sitzrecht aber kein Stimmrecht, außer in den Ausschüssen.

Als Ausgleich standen den Berliner Abgeordneten damals im großen, ungenutzten Teil des Reichstagsgebäudes Arbeitsräume zur Verfügung einschließlich der damals möglichen technischen Arbeitserleichterungen (einschließlich eines von West und Ost abgehörten Telefons).

Am Wochenbeginn flog Waldi frühmorgens mit der BEA nach Bonn, am Freitag zurück und manchmal, wenn Wichtiges anstand, in der Woche auch noch mehrmals hin und her. „Ich muss doch überall hindackeln“, sagte Waldi dazu. Und es gab viel zu „dackeln“.

DIE SPANNENDSTE ZEIT IM POLITISCHEN LEBEN

Dies war für Waldemar die spannendste Zeit seines politischen Lebens. Er war Mitglied im Verkehrs-, Post- und Fernmeldeausschuss, im Unterausschuss Rundfunkfragen, Mitarbeiter in der deutsch-polnischen, -rumänischen und -portugiesischen Parlamentariergruppe. Seine Arbeitsschwerpunkte waren die Friedens- und Spannungspolitik, die Berlin-Politik, Luftverkehr und Transit.

Nun hatte sich nach dem Viermächteabkommen der Autobahn-Transit erheblich verbessert, aber auch der Transit per Bahn war pünktlicher, sauberer und vermittelte „ein vollkommen neues Berlin-Jefühl“. Schulzes Wirken zielte darauf, den erreichten Standard zu erhalten.

Wichtiger selbstverständlich waren die Aufgaben im innerdeutschen Ausschuss. Herbert Wehner hatte ihn schon am Anfang im Ausschuss zum stellvertretenden Sprecher der SPD-Fraktion vorgeschlagen, und er wurde in diese Position gewählt. In den Debatten ging es ständig um die Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, der CSSR und der DDR, und bei allen Verträgen gab es kleine Stolpersteine, die von der Opposition zu großen Brocken aufgebauscht wurden. Die Ostpolitik der Brandt-Ära wurde vehement von der CDU/CSU bekämpft, die das Erreichte später aber als ihre eigene Politik fortführte.

Fortsetzung nächste Ausgabe □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

MITGLIEDERFOREN

Im Vorfeld des Mitgliedervotums über die Kandidatur zum Regierenden Bürgermeister bietet die Berliner SPD ihren Mitgliedern die Teilnahme an vier Foren an, auf denen sich die Kandidaten vorstellen.

Mitgliederforum 1

Di. 23.09.14 ab 19 Uhr, Willy-Brandt-Haus Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Anmeldung unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum1

Mitgliederforum 2

Mi. 01.10.14 ab 19 Uhr, JugendKulturZentrum PUMPE, Lützowstr. 42, 10785 Berlin
Anmeldung unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum2

Mitgliederforum 3

Mi. 08.10.14 ab 19 Uhr, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, (Ecke Dönhoffstraße), 10318 Berlin
Anmeldung unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum3

Mitgliederforum 4

Di. 14.10.14 ab 19 Uhr, Bayer HealthCare Pharmaceuticals Auditorium, Müllerstr. 178, 13353 Berlin
Anmeldung unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum4

BÜRGERBÜROS

In dieser und den kommenden Ausgaben setzt die Berliner Stimme den Überblick über die bisher eingerichteten Bürgerbüros von SPD-Abgeordneten in den Bezirken fort (Öffnungszeiten ohne Gewähr).

■ **Bürgerbüro Sven Heinemann**, (mit Susanne Kitschun, MdB, und Cansel Kiziltepe, MdB), Grünberger Straße 4, 10243 Berlin, Telefon: 29 36 33 64, Website: www.svenheinemann.de, Mail: sven.heinemann@spd.parlament-berlin.de

■ **Bürgerbüro Thomas Isenberg**, Arminiusstraße 2-4 (Arminius-Markthalle), 10551 Berlin, Website: www.thomas-isenberg.de/, Mail: mail@thomas-isenberg.de

■ **Bürgerbüro Frank Jahnke**, Goethestr. 15, 10625 Berlin, Website: frank-jahnke.de/wahlkreis/buergerbuero, Mail: frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de. Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag: 12:00 bis 17:00 Uhr, Donnerstag: 15:00 bis 18:00 Uhr

■ **Bürgerbüro Thorsten Karge**, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Deutschland, Telefon: 8149 05 05, Mail: buergerbuero@thorsten-karge.de

mehr nächste Ausgabe

ausschuss Stadt des Wissens, **Zukunft der Bildungsfinanzierung - Kultur vs. Ökonomie? - Wie viel soll/ darf/ muss Bildung den Staat kosten?** Eingangsreferat: Prof. Jutta Allmendinger, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 10.09.2014, 17:00 - 18:00, **Sprechstunde Karin Halsch**, Mitglied des Abgeordnetenhauses MdB - Lichtenberg, Bürgerbüro von Karin Halsch, Am Berl 13, 13053 Berlin

■ 10.09.2014, 19:00, ASG Arbeitsgemeinschaft SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen, **Korruption im Gesundheitswesen**, Restaurant Piazza Rossa, Rathausstr. 5, 10178 Berlin

■ 11.09.2014, 15:00, FA X - Natur, Energie und Umweltschutz & Daniel Buchholz **Wassertour zum Klärwerk Waßmannsdorf**, Abfahrt des Busses um 15:00 Uhr am Fontaneplatz (direkt am S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz (Berlin-Mitte)). Rückkehr gegen 19:30 Uhr in Berlin. Eine verbindliche Anmeldung ist nötig, entweder unter stock517@gmx.de oder telefonisch unter 0173 49 065 27.

■ 16.09.2014, 19:00, AfA - Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, **Prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin**, mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Birgit Monteiro, MdB, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD Abgeordnetenhaus-Fraktion, Jörg Stroedter, MdB, Ausschuss Beteiligungsmanagement (Beteiligungen des Landes Berlin), Christian Haß, Landesvorsitzender der AfA Berlin, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstr. 1 - 3, 10787 Berlin

■ 16.09.2014, 19:00, Karin Halsch, MdB - Forum Sport, **Kann / will Berlin Olympische Spiele und Paralympics 2014/2028?** Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 353, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 16.09.2014, 19:00 - 21:00, SPD Bundestagsfraktion, Fraktion vor Ort: **Pflege ist Zukunft. Die Pflege kommt voran**, Tertianum Seniorenresidenz, Passauerstraße 5-7, 10789 Berlin
Anmeldung unter mechthild.rawert@bundestag.de (siehe auch Seite 7),

■ 17.09.2014, 19:00, SPD Bundestagsfraktion, **Vorratsdatenspeicherung - Wie geht es weiter?** mit Heiko Maas, BASE_camp, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin. Anmeldung erbeten bis 15. September: eva.hoegl@bundestag.de

■ 19.09.2014, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, MdB - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ 23.09.2014, 07:00 - 09:00, Daniel Buchholz, MdB - Spandau, „Geheime Orte“: **Daniel Buchholz lädt zum Besuch der DHL Zustellbasis in Spandau ein**, Deutsche Post DHL, Rohrdamm 7, 13629 Berlin. Anmeldung: Senden Sie bitte eine eMail mit Ihrem vollen Namen, Ihrer Adresse an info@danielbuchholz.de. Sie können auch anrufen 030 - 23 25 22 80. Bei einer Zusage erhalten Sie rechtzeitig weitere Informationen zum Ablauf.

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

TERMINE

■ 06.09.2014, 14:00 - 18:00, SPD Mitte - Abt. Schillerpark, **Kinder- und Stadtteilfest im Schillerpark**, hinter der Kita, Barfusstraße Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin

■ 06.09.2014, 10:00 - 12:00 Uhr, Abteilung 1 - Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Mit Kirsten Flesch (MdB) im Kiosk am Reuterplatz

■ 06.09.2014, 14:30 - 18:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lietzenseefest**, Lietzensee, Schillerwiese, Witzlebenplatz Ecke Kaiserdamm, 14057 Berlin

■ 06.09.2014, 12:00 - 18:00, **SPD Pankow, Sommerfest**, Einsteinpark,

■ 07.09.2014, 11:00 - 17:00, SPD Reinickendorf **5. Familienfest auf der Familienfarm Lübars**, Familienfarm Lübars, Alte Fasanerie 10, 13469 Berlin

■ 07.09.2014, 09:00 - 20:00, **Tag der Ein- und Ausblicke - Das Parlament öffnet seine Türen**, Reichstagsgebäude auf der Fraktionsebene, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

■ 08.09.2014, 18:00 - 20:00, Daniel Buchholz, MdB - Spandau, **Lesung: Texte von und über Edward Snowden**, Bürgerbüro Quellweg 10, 13629 Berlin

■ 08.09.2014, 18:30, **Eröffnung des Bürgerbüros von Andreas Kugler, MdB**, Moltkestraße 51, 12203 Berlin

■ 09.09.2014, 19:30 - 21:30, Irene Köhne, MdB / Fachausschuss Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, **Folgen und Chancen der Neuordnung des Verbraucherschutzes**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 09.09.2014, 19:00, **Schwusos Neukölln**, Berichte von der Landesdelegiertenkonferenz und der RuT-Hausprojekt-Begehung, S...Cultur, Erkstraße 1, 12043 Berlin

■ 10.09.2014, 19:00, Lars Oberg, MdB | Fach-

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Da lass Dich ruhig nieder...

Chorfestival in Neuköllner Höfen am 20. September

Während auf der Karl-Marx-Straße der Verkehr rauscht, singen in den Höfen der Häuser 152, 168 und 181 kleine und große Chöre aus Neukölln und weiteren Berliner Bezirken. Der Verein Kulturbewegt e.V. veranstaltet am Samstag, dem 20. September zwischen 15 und 18 Uhr zum zweiten Mal das Festival „Chöre in Neuköllner Höfen“.

„Wo man singt, da lass' dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder“, lautet ein Sprichwort, das auf den Dichter Johann Gottfried Seume zurückgeht. Beim Neuköllner Chorfestival kann man sich zwar für einen Ort zum Niederlassen entscheiden, aber auch ganz nach Lust und Laune zwischen den drei Auftrittsorten pendeln.

Es wird 18 Auftritte geben. Die Besucher können von Hof zu Hof gehen und zwischen Gärten und Garagen Musik von Klassik bis Pop, von Shanty bis Barbershop, von Renaissance bis Partisanenliedern lauschen. Die Hausbewohner sorgen für Kaffee und Kuchen – eine gute Gelegenheit, die grünen Oasen hinter den rauen Fassaden



Neuköllner Chorfestival: Der Erfolg des vergangenen Jahres gab Anlass zur Wiederholung.

Foto: Kulturbewegt e.V.

den der Karl-Marx-Straße kennen zu lernen. Mit dabei sind die Chöre After Ten, der Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln, Cantamus Berlin, gropies berlin, Haarscharf, der Junge Chor des Weinmeisterhauses, der Kiezchor Campus Rütli und D'aChord, Musenchor Neukölln, Projekt Kiezchor, Shantycrow X-berg, Tagtigall Vocal Ensemble und The Core.

➔ Chorfest in Neukölln, 20.09.2014, 15 bis 18 Uhr, Karl-Marx-Str. 152, 168 und 181, <http://choereinhofen.wordpress.com/>

„Böses lauert überall“

Lesung der Mörderischen Schwestern am 26. September

Im Rahmen ihres 5. Frauen-Krimifestivals machen die „Mörderischen Schwestern“ am 26. September Station im Kurt-Schumacher-Haus.

Die Krimiautorinnenvereinigung „Mörderische Schwestern“ stellt die Lesung diesmal unter das Motto „Berlin - Moor, Wald und Heide - Böses lauert überall“. Eine Leiche im Moor, tödliche Pilze im Wald und Kriminelles in der Hasenheide. In dieser Botanik ist nichts friedlich. Lesung mit Salean Maiwald, Connie Roters, Astrid Ann Jabusch und Andrea Gerecke.

Das 5. Frauen-Krimifestival findet vom

19. – 28. September 2014 an vielen unterschiedlichen und zum Teil ungewöhnlichen Orten statt. So gehen die Autortinnen diesmal mit einer Lesung erotischer Kurzkrimis in ein Weddingener Freudenhaus, in der Polizeibibliothek am Mehringdamm 110 lesen sie „Kriminelles bei der Polizei“, sie sind in Krimi-Buchhandlungen und Bibliotheken zu Gast

➔ Freitag, 26. September, 19:30 Uhr, Lesung der Mörderischen Schwestern, Kurt-Schumacher-Haus, Dorothea-Hirschfeld-Saal, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Eintritt: kostenlos, um Spenden wird gebeten!

KULTURTIPPS

Natascha Ungeheuer. Phantasievolle und farbenfreudige Ölbilder von Natascha Ungeheuer aus den Jahren 1964 bis 2014 zeigt eine Ausstellung, die am 9. September 2014 um 19:30 Uhr im Willy-Brandt-Haus eröffnet wird. Mit 50 Arbeiten sind rund ein Drittel der in dieser Zeit entstandenen Bilder in der Ausstellung zu sehen. 1962 kam die Künstlerin nach Berlin, von 1969 bis 1975 spielte sie im Kreuzberger Straßentheater, verfertigte Masken und malte Bühnenbilder.

➔ Eröffnung 9. September, 19:30 Uhr mit Yaak Karsunke, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, Eintritt frei, Personalausweis erforderlich

Lesung im Bürgerbüro von Daniel Buchholz. Am 8. September 2014 finden weltweit Lesungen unter dem Motto „Freiheit und Anerkennung für Edward Snowden“ statt. In seinem Bürgerbüro veranstaltet der Spandauer SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz an diesem Tag von 16 - 18 Uhr ein Welt-Café, alle BesucherInnen sind zu Kaffee, Tee und Kuchen und zur anschließenden Lesung eingeladen.

➔ Das Bürgerbüro von Daniel Buchholz, MdA, ist am Quellweg 10, 13629 Berlin

Uschi Niehaus: Ausstellung in Friedenau. Bilder der Friedenauer Künstlerin Uschi Niehaus sind vom 16. September 2014 an im Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin-Friedenau (an der Kaisereiche) zu sehen. Die Künstlerin und Dozentin, die 2010 mit dem Tempelhof-Schöneberger Kunstpreis ausgezeichnet wurde, ist mit ihren großformatigen, abstrakten Werken schon bei vielen Ausstellungen zu sehen gewesen.

➔ Wahlkreisbüro Dilek Kolat, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin-Friedenau, Eröffnung Dienstag, 16.09.2014, 19:00 Uhr, geöffnet dienstags 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr, mittwochs 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und donnerstags 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr